Stadtzeitung der
Deutschen
Kommunistischen
Partei
Mörfelden

Juni 1984

blick punkt

Nr. 162

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Ein Kampf, der uns alle angeht!

Auch in unserer Stadt gibt es kaum noch ein anderes Thema. Das Für und Wider der 35-Stunden-Woche wird heiß diskutiert. Viele Mitbürger sind betroffen, sie sind ausgesperrt oder beteiligen sich aktiv am Streik.

So unterschiedlich die Meinungen in der Diskussion auch sein mögen. Eines ist sicher, dies ist ein Kampf, der uns alle angeht! Ob in Zukunft die Zahl der Arbeitslosen wächst oder fällt, ob die Kaufkraft der Bevölkerung erhalten bleibt, ob Sohn oder Tochter morgen einen Ausbildungsplatz erhalten, hängt auch vom Ausgang dieser großen Auseinandersetzung ab.

Es kann uns nicht einerlei sein, wenn die Zahl der Sozialhilfeempfänger in unserer Stadt ständig steigt. Es muß jeden berühren, wenn die Stadt immer weniger finanziellen Spielraum hat, wenn wichtige soziale Probleme nicht gelöst werden können.

So gesehen sind auch alle aufgefordert, Stellung zu beziehen.

Die Unternehmerverbände und die Bonner Rechtsregierung wollen die totale Wende im Land, sie wollen den Gewerkschaften das Kreuz brechen, sie wollen die Arbeiterbewegung um Jahre zurückwerfen.
Dagegen muß man sich wehren und deshalb sollten wir alle den streikenden und ausgesperrten Kollegen unsere aktive Solidarität zeigen.

Rudi Hechler

Einer von den vielen Solidaritätsbeweisen der DKP ist hier im Bild die Übergabe einer Soli-Spende von 440,- DM, die auf einer Geburtstagsfeier zum 50. des Stadtverordneten der DKP in Mörfelden-Walldorf, Rudi Hechler, und seines Zwillingsbruders gesammelt wurden.

Gespräch mit Emil Carlebach über die Entstehung der Verfassung

Die Aussperrung ist verboten!

Emil, Du hast 1945/46 als einer der Vertreter der KPD an der Ausarbeitung unserer Hessischen Verfassung mitgearbeitet; wie kam es zu dem Verfassungsverbot der Aussperrung?

Wir hatten in der Verfassungsberatenden Landesversammlung die Mehrheit der Linken, SPD und KPD. Am 13. August 1946 schlugen wir in einem Brief unseres Landesvorsitzenden Walter Fisch der SPD-Fraktion vor, bei der Ausarbeitung der Verfassung zusammenzuarbeiten, wie wir dies in Frankfurt z. B. seit Sommer 1945 taten. Erfreulicherweise stimmten die SPD-Genossen zu.

Wie entwickelte sich das weiter? Wie verhielten sich die anderen Parteien?

Nun, in der CDU gab es Differenzen. Männer wie Köhler von der IHK Wiesbaden waren absolut reaktionär. Aber es setzten sich solche Kräfte durch – wie Kollege Fleckenstein (Betriebsrat Farbwerke Hoechst) und der Landesvorsitzende Werner Hilpert (ehemaliger Buchenwald-Häftling).

Das ist doch überraschend. Wie erklärt sich das?

Eigentlich ganz einfach: Die CDU hatte, angesichts der einheitlichen Haltung von SPD und KPD, nur die Wahl: mitmachen oder vor der Tür draußenbleiben. Mit diesem Argument setzte sich schließlich der linke CDU-Flügel durch.

Da wurde dann also auch das Aussperrungs-Verbot mit den Stimmen der CDU beschlossen...

Mehr noch! Es wurde beschlossen:
- **Jeder hat das Recht auf Arbeit (Art. 28)**
- **Die Aussperrung ist rechtswidrig (Art. 29)**
- **Das Streikrecht wird anerkannt (Art. 29)**
- **Die paritätische Mitbestimmung der Betriebsräte (Art. 37)**

Und schließlich die Überführung der Grundindustrien in Gemeineigentum, der sogenannte Sozialisierungs-Artikel 41.

Das alles also steht schwarz auf weiß in der Verfassung...

Noch etwas, etwas sehr wichtiges: Der Artikel 39 bestimmt, daß Unternehmen, die ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchen, in Gemeineigentum zu überführen sind! Das heißt also, daß die Monopole, die z. B. jetzt durch Aussperrungen die Verfassung brechen, enteignet werden müssen.
Die Kollegen, die sagen: Wer aussperrt, gehört enteignet, haben die Verfassung richtig verstanden, sie haben recht.

Aber die Landesregierung?

Jeder Minister hat auf diese Verfassung geschworen! Aus diesem Schwur darf sich keiner verdrücken. Vor allem die SPD-Genossen sollten ihren Minister an ihre Pflicht gemahnen. Die Jahre vor 1933 zeigen doch, wohin es führt, wenn SPD-Minister sich vom Großkapital unter Druck setzen lassen. Die Verfassung gilt, sie ist Recht und Gesetz. Aber sie wird nicht in Parlamentsreden verwirklicht. Heute so wenig wie zwischen 1919 und 1933. Das Volk hat mit 76 % der Stimmen diese Verfassung am 1. Dezember 1946 bestätigt, das Volk und in erster Linie die Arbeiterklasse muß die Verwirklichung dieser Verfassung durchsetzen. Darum sind die gegenwärtigen Gewerkschaftsaktionen Verfassungskämpfe im buchstäblichen Sinn des Wortes. Verfassungsfragen sind Machtfragen, das weiß die deutsche Arbeiterbewegung seit über hundert Jahren. Wir dürfen es keinen Augenblick vergessen.

Waffengleichheit?

Das Märchen, daß die Aussperrung notwendig ist, damit die Unternehmer über gleiche Waffen wie die streikenden Gewerkschafter verfügen, muß immer wieder herhalten, um die Aussperrung zu begründen. Gerade die letzten Tage haben gezeigt, was für ein Schwindel das Geschwätz von der Waffengleichheit ist.
Die Unternehmer haben nicht nur die wirtschaftliche Macht, ihnen gehört nicht nur der Reichtum unseres Landes. Sie verfügen nicht nur über Produktion und Arbeitsplätze. Sie haben noch mehr auf ihrer Seite.

Das Urteil des hessischen Landesarbeitsgerichtes zur Aussperrung, die Parteienspendenaffäre und der Flick-Skandal, das Verhalten der Bundesanstalt für Arbeit, der Stuttgarter Polizeieinsatz für die Streikbrecher, die Antistreikübungen des Bundesgrenzschutzes, die Ablehnung der 35-Stunden-Woche durch die Bundesregierung – das und vieles andere zeigt, daß der Staat und seine Organe, daß Justiz, Polizei und Regierung alles andere als neutral sind. Sie stehen nicht über den Klassen. Wenn

es ernst wird, stehen sie immer auf einer Seite der Millionen, sondern auf der Seite der Millionäre.
Die Väter der Hessischen Verfassung wollten auch das verhindern. Deshalb nahmen sie in die Hessische Verfassung den Artikel 39 auf, der jeden Mißbrauch wirtschaftlicher Freiheit zu politischer Macht untersagt und fordert, Vermögen in Gemeineigentum zu überführen, bei dem die Gefahr eines solchen Mißbrauchs besteht.
Bei den Vermögen der Konzerne, die die Parteien kaufen, besteht ebenso wie bei den hessischen Aussperrern nicht nur die Gefahr des Mißbrauchs. Sie alle mißbrauchen ihre Vermögen, um politische Macht gegen das Volk zu erlangen. Deshalb zwingt in diesen Fällen die Hessische Verfassung dazu, nach dem Grundsatz zu verfahren: Wer aussperrt, gehört eingesperrt und enteignet.
Der neugewählte Ministerpräsident Börner und seine Regierung haben nun Gelegenheit, nach der Verfassung zu handeln und zu zeigen, auf wessen Seite sie stehen.

CDU-Abgeordneter 1949:

„Aussperrung unsittlich"

Zur Aussperrung meinte der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Kanka:

„Zu der Bestimmung, daß die Aussperrung untersagt werden soll, möchte ich bemerken, daß in vielen, vielleicht sogar in allen Fällen die Aussperrung in der Tat ein unsittliches Kampfmittel ist, daß sie sich wohl in allen Fällen als Mißbrauch wirtschaftlicher Macht darstellt."

Allerdings ist das nicht die Meinung der Unternehmer-CDU von heute. Die Äußerung von Dr. Kanka stammt aus dem Protokoll der 10. Sitzung des Verfassungsausschusses des Hessischen Landtages vom 17. 9. 1946. Es beweist, daß die CDU heute wider besseren Wissen handelt, wenn sie sich auf die Seite der Aussperrer und Verfassungsbrecher stellt.

Ein Brief an Börner

Am Tag der Ministerpräsidentenwahl richtete die DKP-Hessen einen Brief an Holger Börner in dem es u. a. heißt:

Die Verfassung, auf die Sie morgen den Eid ablegen, ist die Grundlage für jedwede Politik in Hessen. Ihr Eid muß auch die Wahrung und die Anwendung des Artikels 29 einschließen. Aussperrung ist Verfassungsbruch. Das auszusprechen, angesichts des Unternehmerurteils von Frankfurt, wäre die oberste Pflicht des neu gewählten Ministerpräsidenten.

Wir richten diese Aufforderung an Sie auch angesichts der äußerst zugespitzten Lage im Streikkampf von Metall und Druck. Die Unternehmer wollen mit ihrem Verhalten die Gewerkschaften in die Knie zwingen.
Die Aussperrung die sie durchsetzen – jetzt auch mit diesem Urteil – soll das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Kapitalvertreter gründlich verschieben. Die Unternehmer wollen ihre Profite absichern und die Gewerkschaften zerstören. Wir fragen: Können Sie als Ministerpräsident dieser Entwicklung tatenlos zu sehen?
Wir fordern Sie auf: Ergreifen Sie Partei für die Hessische Verfassung, für die Rechte des arbeitenden Volkes. Verteidigen Sie das kostbare Gut der demokratischen Grundsätze, die in der Hessischen Verfassung niedergelegt sind. Helfen Sie den Arbeitern und ihren Gewerkschaften, sich gegen Unternehmerwillkür und Verfassungsbrecher zu verteidigen.
Wir fordern Sie auf, die Initiative zu ergreifen, um mit Landtag und DGB zu einem gemeinsamen Protest gegen die Mißachtung der Hessischen Verfassung aufzurufen.
Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat in den Streiks dieser Tage immer wieder betont: Wer aussperrt gehört eingesperrt und enteignet.
Machen Sie sich diesen Grundsatz zu eigen und handeln Sie zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung gegen die Verfassungsbrecher.

Bonner Heuchelei

Alles, was in diesem Staat Macht hat, steht gegen die Gewerkschaften und die 35-Stunden-Woche: Die Großunternehmer, die Bundesregierung, die Bild-Zeitung, die Bundesanstalt für Arbeit, die FAZ, die meisten Fernsehkommentare, die Bundesbank, der Bundesgrenzschutz, die Wirtschaftsinstitute usw.
Sie vergießen gemeinsam Krokodilstränen über den Schaden, den angeblich die 63 000 Streikenden anrichten. Laut Kanzler Kohl wollen sie die sogenannte Konjunktur zerstören und die Regierung aus den Angeln heben. Laut Stoltenberg versündigen sie sich gar an den Arbeitsplätzen. Laut Strauß ist ihr Streik zutiefst unsozial usw. usw.
Wenn die 63 000 streikenden Metaller schon soviel Schaden anrichten, wieviel Schaden müssen dann erst die 312 000 „heiß" und „kalt" von den Unternehmern ausgesperrten Metaller anrichten. Und wie müßten die Herren von Regierung, „Bild", Funk und Fernsehen und all die anderen erst über die aussperrenden Unternehmer herfallen.
Sie tun es nicht. Auf dem Auge sind sie blind. Alles, was sie zum Kampf um die 35-Stunden-Woche, zum Streik und zur Arbeitslosigkeit zu sagen haben, ist Heuchelei. Heuchelei für Unternehmerprofite. Und, wie der Flick- und der Parteienspendenskandal zeigt, gut bezahlte Heuchelei.

Ist der Wasserverbund notwendig?

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre, als die Städteplanung eine Stadtgröße von 60 000 Einwohner vorsah, mit der Bebauung der Freifläche zwischen den beiden Ortsteilen, dachte man an Gemeinschaftsprojekte wie Kanalverbund und Wasserverbund. Letzterer ist nicht nur die Zusammenführung der Wasserleitung, sondern ein neues Pumpwerk soll die nötigen Druckverhältnisse schaffen. Dafür ist außer den Pumpen ein Wasserreservoir nötig. Falls das eigene Wasser (genehmigte Wasserentnahme für die Gesamtstadt 2,2 Mill. cbm) nicht mehr ausreicht, ist ein Fremdbezug durch die Riedwerke vorgesehen; also eine Wasserleitung bis nach Haßloch.

Nun hat man zwar von den großspurigen Plänen des letzten Jahrzehnt Abstand genommen, zwei tiefgreifende Wirtschaftsrezessionen und die rückläufige Bevölkerungsentwicklung haben manchen euphorischen Kommunalpolitiker wieder auf den Boden gestellt, doch Pläne haben ein zähes Leben und verschwinden nicht so schnell aus den Köpfen.

Die Forderung nach Wassereinsparung, das erwachende Umweltbewußtsein und letztlich der drastisch gestiegene Wasserpreis (auch der der Abwässer, die sich nach der Wasserbezugsmenge berechnen), haben den Wasserverbrauch stagnieren lassen. Dies wäre der Grund, die Investitionen des Wasserverbundes, dessen erste Stufe der Bau einer Pumpstation mit einem Tiefbehälter und den Leitungsanschlüssen nach Meledure und Steinweg-Nord bedeutet, Kostenpunkt ca. 3,3 Millionen Mark, auszusetzen.

Die Gründe für den Wasserverbund: Walldorfs genehmigte Wassermenge von 1,1 Millionen cbm ist mit 1 062 325 cbm in 1983 nahezu ausgeschöpft. Mörfelden hat dagegen ca. 300 000 cbm weniger Förderung und könnte damit ausgleichen. Die Druckverhältnisse in den entfernten Wohngebieten könnte stabilisiert werden, auch im Falle eines Brandes. Sollten Brunnen, aus welchen Gründen auch immer (Unfall, Verschmutzung) ausfallen, wäre die Wasserversorgung durch das andere Wasserwerk eher aufrechtzuerhalten. Mit der festgestellten Grundwasserverunreinigung im Oberwald hat diese Diskussion eine neue Dimension erhalten. Trotz allgemein rückläufiger Bevölkerungszahl haben die Einwohner unserer Stadt laut statitischem Bericht in 1983 um 1 305 auf 30 910 zugenommen. Beschlossen ist die Erweiterung des Wohngebietes An den Eichen, ebenso die Erweiterung der Gewerbegebiete Süd und Ost. Für die Zukunft will man zwar auf große Neubaugebiete verzichten, doch Arrondierungen sollten noch möglich sein. Die Quintessenz wird sein, daß trotz Einsparungen, die sinnvoll und notwendig sind, der Gesamtwasserverbrauch kaum rückläufig sein wird. Die Wassereinsparung wird sich nur durch Hinweise, Aufklärung und Appelle verwirklichen lassen. Ob diese Einsparung fünf oder zehn Prozent ausmachen könnte, manche bezweifeln dies, bringt aber das Thema Wasserverbund nicht vom Tisch. Unbestritten ist, daß damit eine größere Versorgungssicherheit gegeben ist. Mit dem kostbaren Gut Wasser soll man sparsam umgehen, der weiteren Ausweitung der Gewerbe- und Wohngebiete soll Einhalt geboten werden, damit die sogenannte erste Baustufe auch die letzte sein wird.
Heute soll aber auch gesagt werden, daß diese Investition nicht zu noch höheren Wasserpreisen Anlaß geben darf. Inzwischen weisen die Wasserwerke (Stadtwerke) einen über 400 000 Mark liegenden Gewinn aus.

Rudolf Dötsch

Stadt steckt Millionen unter die Erde

Der Magistrat hatte eine sehr „kostenträchtige" Sitzung und auch die Stadtverordneten werden demnächst mit Millionen konfrontiert sein.

Was ist die Ursache für solche Freigiebigkeit, ist es den Verantwortlichen unserer Stadt zu wohl geworden oder hat die Regierung in Wiesbaden plötzlich die Spendierhosen an?

Dem ist nicht so. Große Ausgaben stehen tatsächlich in den nächsten Jahren an und es wird mit diesen Bauwerken wohl auch nicht gerade von Seiten der Stadtoberen zu renommieren sein, denn der größte Teil wird sich unter der Erde befinden und soll für die ordnungsgemäße Entsorgung unserer Abwässer sorgen. Viele Bürger werden fragen, ja ist das denn alles die letzten Jahre vernachlässigt worden, oder wird hier nicht manches eine Nummer zu groß gebaut?

In einer der nächsten „blickpunkt"-Ausgaben werden wir noch einmal ausführlich auf den Gesamtkomplex Abwasserbeseitigung eingehen, wollen aber heute schon erwähnen, daß im Gesamtkonzept Maßnahmen in Höhe von 30 Millionen DM, verteilt jedoch auf über 10 Jahre, anstehen.

Die DKP-Vertreter in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat stehen einigen Vorhaben noch kritisch gegenüber. Es ist jedoch festzustellen, daß man um einen Großteil der Bauvorhaben nicht herumkommt. Die Phase des „Stinkens" an einigen Kanaldeckeln unserer Stadt muß bald vorbei sein. Außerdem sollen die Bürger im Steinweggebiet nicht bei den geringsten Regenfällen damit rechnen müssen, daß ihr Keller wieder mit stinkender Brühe gefüllt ist. Es ist auch einzusehen, daß die Walldorfer Kläranlage total veraltert ist und dort Ausgaben von mehreren Millionen anstehen. Wir alle wollen, daß unsere Bäche und Flüsse wieder sauber werden und müssen deshalb dafür sein, daß Maßnahmen dazu getroffen werden.

Es ist aber nicht einzusehen, daß die Kommunen diese notwendigen und kostenträchtigen Baumaßnahmen vorwiegend finanzieren sollen. Nach Aussage des Bürgermeisters ist im Höchstfalle mit einem Zuschuß von 30 % zu rechnen. Den Rest müssen die Städte finanzieren und diese sollen die Kosten dann über Gebührenerhöhungen auf den kleinen Mann abwälzen. Dem wird sich die DKP massiv entgegenstellen.

Heinz Hechler

Krankentransportstation bleibt der Doppelstadt erhalten

In Walldorf wird demnächst eine Krankentransportstation des DRK-Kreisverbandes, auf dem Gelände an den Sportplätzen, errichtet. Die Baukosten von 75 000 DM sind im Nachtragsetat '84 eingeplant, die Stadt wird sich mit 15 000 DM daran beteiligen, den Rest von 60 000 DM trägt der DRK-Kreisverband, wobei ihm 50 000 DM hiervon als Spende zur Verfügung stehen.

Der Bau umfaßt einen Schlafraum, ein Lager, einen Aufenthaltsraum mit Küche und einen Sanitärraum mit Dusche und WC. Das Krankentransportfahrzeug kann in einer bereits vorhandenen Halle untergebracht werden.

Im Herbst vergangenen Jahres trug sich der DRK-Kreisverband mit dem Gedanken, den seit vielen Jahren in Mörfelden stationierten Krankenwagen abzuziehen und entweder in Kelsterbach oder in Groß-Gerau anzusiedeln. Hierdurch wäre der Doppelstadt Mörfelden-Walldorf mit ihren über 30 000 Einwohnern ein nicht abzuschätzender Nachteil und für viele Patienten wären eventuell lebensgefährliche Situationen entstanden.

Die DKP-Fraktion und der Vertreter der DKP im Magistrat, haben frühzeitig von diesem Vorhaben erfahren und sich der Sache angenommen. Es wurde ein Antrag eingebracht aufgrund dessen die Stadt initiativ wurde. Wir freuen uns über diesen Erfolg und hoffen, daß die Krankenwagenfahrer bald in ihr neues Domizil einziehen können.

Heinz Hechler

Mehr arbeitslose Jugendliche im Kreis Groß-Gerau

Im Kreis Groß-Gerau ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen von 4,9 Prozent im Jahr 1982 auf 5,7 Prozent in diesem Jahr angestiegen. Und in Rüsselsheim von 5,5 Prozent auf 6,4 Prozent.

In dem stark industrialisierten Kreis Groß-Gerau hat Opel, der größte hessische Metallbetrieb, seinen Stammsitz. Die Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche wird an keinem Problem so deutlich, wie an der Jugendarbeitslosigkeit.

Die 35-Stunden-Woche muß her, weil auch die Kinder und Enkel eine Zukunft haben sollen.

Gedenkstätte nimmt Formen an

Wie in einer früheren „blickpunkt"-Ausgabe bereits berichtet, hatte die DKP-Fraktion einen Antrag zur Errichtung eines Gedenksteines zur Erinnerung an die ehemalige jüdische Synagoge in Mörfelden gestellt.

Der Gedenkstein wird seinen Platz auf dem jetzigen Rathausplatz haben und so an die ehemaligen jüdischen Mitbürger erinnern. Der Antrag wurde bereits schon im Februar in der Stadtverodnetenversammlung angenommen. Der Magistrat faßte in seiner jüngsten Sitzung den Beschluß, den Standort in den Bereich des Grünstreifens Ecke Langgasse/Kalbsgasse zu verlegen. Diese Stelle ist zwar nicht der genaue Standort der früheren Synagoge, die sich vielleicht etwa 20 Meter weiter westlich befand, ist jedoch als Gedenkstätte unserer Meinung nach besser geeignet.

Die Übergabe soll anläßlich einer kleinen Feierstunde am 1. September dieses Jahres stattfinden, zu der auch, auf Anregung der DKP, die noch lebenden ehemaligen jüdischen Mitbürger eingeladen sind. Der 1. September, der seit Jahren als Antikriegstag begangen wird und an dem hunderttausende Friedensfreunde unseres Landes und die Gewerkschaften unter der Losung: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", sich zusammenfinden und demonstrieren, ist für eine solche Feierstunde der geeignete Tag.

Stadtverordnete solidarisch

Auf Antrag der DKP-Fraktion verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung (die CDU verließ während der Abstimmung aus Protest den Sitzungssaal) folgendes Solidaritätsschreiben an die Streikenden.

„Die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf übermittelt Euch solidarische Grüße. Euer Kampf für die 35-Stunden-Woche findet unsere volle Unterstützung. Auch wir meinen, das Recht auf Arbeit ist eines der wichtigsten Menschenrechte. Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wäre ein bedeutsamer Beitrag, um dieses Grundrecht durchzusetzen. ...

Wir verurteilen ausdrücklich die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, nach der ausgesperrte Arbeiter und Angestellte letztenendes auf die Sozialhilfe verwiesen werden. ...

Mit der Abwälzung auf die Sozialhilfe werden die Unternehmer entlastet, auf den Steuerzahler kommen aber erneute Belastungen zu.

Wir verurteilen wie Ihr entschieden jegliche Form der Aussperrung, die nach der Hessischen Verfassung (Artikel 29) verboten ist."

Mitglieder der DKP-Stadtverordnetenfraktion von Mörfelden-Walldorf. Von rechts nach links: Rudi Hechler, Waltraud Träger, Rudolf Dötsch.

Solidarität der DKP-Fraktion

Die DKP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf übergab am 1. Streiktag der Opel-Streikleitung 150,-- DM. Das Solidaritätsschreiben hat folgenden Wortlaut:

An die
Streikleitung der IG Metall
bei der Adam Opel AG
6090 Russelsheim

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Die DKP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf begrüßt Euren Streik für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
Neben dem Recht darauf, in Frieden zu leben, sehen wir Kommunisten im Recht auf Arbeit das wichtigste Menschenrecht. Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist ein bedeutsamer Beitrag, um dieses Grundrecht durchzusetzen.
Auch die Bürger unserer Stadt haben schwer an den Folgen der Massenarbeitslosigkeit zu tragen. Die durch die Arbeitslosigkeit verursachten Sozialhilfelasten und Einnahmeausfälle sind eine der wichtigsten Ursachen für die kommunale Finanznot. Weil wir dies wissen, versuchen wir alles, auch im Stadtparlament, für die 35-Stunden-Woche zu kämpfen. So wurde auf Antrag der DKP-Fraktion ein Solidaritätsschreiben an den DGB-Landesbezirk Hessen verabschiedet. Gegen diesen Antrag stimmte nur die CDU. In einem weiteren Antrag fordert unsere Fraktion die Einführung der 35-Stunden-Woche für alle Stadtbediensteten. Wir wollen damit ein Modell schaffen, über das man spricht.
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Aus unserer Stadt arbeiten traditionell viele Bürger bei der Adam Opel Ag. Wir fühl an uns ihnen verpflichtet, wenn wir sagen: Die 35-Stunden-Woche und Arbeit für alle sind möglich, wenn die Reichtümer unseres Landes nicht für die Rüstung, die Gewinne der Großunternehmer und die Finanzierung der Arbeitslosigkeit, sondern für Arbeitsplätze ausgegeben werden.
In diesem Sinne wünschen wir Euch vollen Erfolg in Eurem gerechten Kampf und überreichen Euch beiliegend eine erste Spende von 150,-- DM.

„Es gibt nichts wichtigeres..."

Im Juli erscheint ein neues „blickpunkt"-Buch mit dem Titel: „Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden – Geschichten, Berichte, Erfahrungen aus Mörfelden und Walldorf."
Ein Friedensbuch, ein Geschichtsbuch. Es ist das fünfte Buch der „blickpunkt"-Redaktion und vielleicht das wichtigste.
Erschienen sind bereits: „Die Stadtfarbe ist rot!" (1976), „Merfeller Gebabbel")1978) und die beiden Startbahn-Bücher „Oktobertage" (1981), „... und nichts wird vergessen!" (1982). Das neue Buch gehört in diese Reihe – auch hier wird Geschichte aufgearbeitet.
Es gibt, wie in den früheren Büchern, außerordentlich viele Fotos, auf denen sich die Bürger unserer Stadt wieder finden. Es gibt aufregende Schilderungen über das Ende des 2. Weltkrieges in unserer Umgebung. Bewegende Abschnitte über die Kriegsfolgen und den Neubeginn. Viele Beiträge von Bürgern schildern Eindrücke, Erlebnisse, Empfindungen.
So entsteht ein Buch, das Auskunft gibt über die finstere Zeit von Krieg und Faschismus, aber auch über die Hoffnungen der Menschen auf eine friedliche Zukunft.
Jeder, der schon die anderen „blickpunkt"-Bücher besitzt, jeder, der sich für die örtliche Geschichte interessiert, wird sich das Buch bei Erscheinen sichern.

Am 1. Pfingstfeiertag des vergangenen Jahres kam die Frankfurter Pfarrersfamilie Jürges bei einem Schaufliegen auf der Rhein-Main Air Base durch einen Starfighter-Absturz tragisch ums Leben. Die Friedensinitiative unserer Stadt nahm diesen Tag zum Anlaß, in Walldorf in einer Gedenkstunde die verlängerte Farmstraße (in Richtung Air Base) symbolisch in Familie-Jürges-Weg umzubenennen. Die DKP-Stadtverordnetenfraktion hat dazu einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, der auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung auf der Tagesordnung steht.

Keine Startbahn West
NACHTFLUGVERBOT

Fluglärm-beschwerdestelle 0611/6902200 oder 6903900

Allen unseren Lesern, die jetzt Urlaub machen, denen die wegfahren und denen, die daheim bleiben, wünschen wir schönes Wetter und gute Erholung.

Die „blickpunkt"-Redaktion

Bosse der „Deutschen Bank" 1983: Monatsgehalt: 92 184 DM Stundenlohn: 623 DM

„Die Bezüge der Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank waren schon immer Spitze", so schwärmt das Monatsmagazin der Reichen, „Capital", in seiner Juni-Ausgabe '84.

Gestützt auf die offiziellen Bilanzen der Banken wird dargestellt, was die Bankmanager Monat für Monat, Jahr für Jahr an durchschnittlichen Bezügen kassieren.

Auf jedes Vorstandsmitglied der Deutschen Bank entfallen 1983 im Durchschnitt 1.106.209,- DM. Das sind im Monat 92.184,- DM; pro Arbeitsstunde: 623,- DM. Gegenüber 1981 sind die Vorstandsbezüge um 11,5 Prozent gestiegen.

Bei der BHF-Bank (Berliner Handels- und Frankfurter Bank) kassieren die Vorstandsmitglieder im Schnitt 940.889,- DM. Das ist eine Steigerung von 30,7 Prozent gegenüber 1981. Die Dresdner Bank entlohnt ihre Bosse mit 725.388,- DM, eine Steigerung gegenüber 1981 um 39,3 Prozent!

Steigerung in einem Jahr: 70.000 DM!

Diese Liste könnte man noch lange fortsetzen. Sie bestätigt: Genau wie in der Autoindustrie werden bei den Großbanken glänzende Gewinne gemacht. Die Bosse sahnen tüchtig ab.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die in der Bilanz ausgewiesenen Vorstandsbezüge nur ein Teil der Einkommen ausmachen, die die Manager Jahr für Jahr einstecken. Denn Sonderzulagen, Aufwandsentschädigungen, Wohnbeihilfen, lukrative Altersversorgung etc. sind nicht berücksichtigt.

Es ist ein empörender sozialer Skandal, daß z.B. die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank ihre jährlichen Bezüge 1983 gegenüber 1982 um rund 70.000 DM steigerten. Diese Steigerung entspricht dem Netto-Einkommen von drei Opel-Arbeitern.

Die gleichen Herren, die geldgierig Millionen scheffeln, beschwören den Ruin der Wirtschaft, wenn Arbeiter und Angestellte kürzere Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich als Mittel gegen die Massenarbeitslosigkeit verlangen. Sie lassen Betriebe schließen, um die Gewerkschaften in die Knie zu zwingen. Sie predigen Gemeinwohl und denken doch nur an ihre Profite.

"Im Glanz der Gewinne"

Goldgeränderte Bilanzen: Autoindustrie, Banken haben ein hervorragendes Jahr hinter sich!

Noch liegt die Bilanz der Adam-Opel-AG für 1983 nicht vor. Doch eine Reihe anderer Konzerne haben ihre Bilanzen schon veröffentlicht. Wenn auch bei den Konzernbilanzen mit Tricks und gezinkten Karten gearbeitet wird, so sind sie dennoch aufschlußreich. Die ausgewiesenen Profite sind zwar mit Sicherheit um ein Vielfaches höher, aber was bisher bekannt wurde, ließ die großbürgerliche Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit" am 18. Mai 1984 jubelnd feststellen: „Goldgeränderte Bilanzen: Autoindustrie, Chemie und Banken haben ein hervorragendes Jahr hinter sich. – Im Glanz der Gewinne. In der deutschen Industrie wird wieder gut verdient."

Natürlich spricht das großkapitalistische Blatt nicht vom Schweiß und dem Fleiß der Arbeiter und Angestellten, von der Antreiberei und Arbeitshetze, von der ständigen Arbeitsverdichtung und den Lasten und Mühen, die den Arbeitern und Angestellten aufgebürdet werden, damit die Profite steigen. Als Zeitung des Kapitals bejubelt sie die Profite des Kapitals.

Und hier eine Blütenlese aus dem Blatt:

„Ein außergewöhnliches Geschäftsjahr" verkündete BMW-Vorstandschef Eberhard von Kühnheim und legt in Geberlaune auf die bereits erhöhte Dividende gleich noch einen Extra-Bonus von 1 DM drauf.

Die Deutsche Bank schraubte ihren Jahresüberschuß um nicht weniger als 91 Prozent auf die Rekordmarke von 469 Millionen Mark. Ihren bescheidenen Gewinn des Jahres 1982 von 64,3 Millionen Mark steigerte Bayer-Leverkusen glatt um 1.178 Prozent auf 754 Millionen Mark und etablierte sich damit nach Daimler-Benz und Siemens als Nr. 3 unter den ertragsstärksten deutschen Industrieunternehmen.

Die in diesen Wochen vorgestellten Bilanzen bringen es an den Tag: Für die Creme der deutschen Unternehmen hat sich die vielbeschworene Wende in der Kasse bereits 1983 vollzogen. Die Gewinne stiegen auf breiter Front. Nach vorsichtigen Schätzungen professioneller Trendbeobachter in den Wertpapierabteilungen der Banken um rund 25 Prozent!

Der Hoechst-Chef, Rolf Sammet, konnte letzte Woche eine Steigerung auf stolze 23,38 DM je Aktie verkünden – doppelt so viel wie im Jahr zuvor.

„Goldgeränderte Bilanzen" wie die Chemie-Konzerne konnten auch die drei Großbanken präsentieren. Mit einem Plus von 55,2 Prozent erzielte die Deutsche Bank den höchsten Jahresüberschuß ihrer Geschichte und setzte sich damit noch weiter von ihren ertragsschwächeren Konkurrenten ab.

Die Großverdiener werden auch in diesem Jahr weiter zulegen. Schon die ersten Quartalsberichte lassen kaum eine andere Prognose zu. Ihren Weltgewinn vor Steuern steigerten beispielsweise die Bayer-Manager abermals um 40 Prozent, Hoechst meldete gar einen Gewinnanstieg von 56,1 Prozent und Siemens schloß die erste Hälfte seines am 1. Oktober beginnenden Geschäftsjahres mit einem Plus von 17,8 Prozent ab."

Für 1984 – so die Zeitung – unter Berufung auf zuverlässige Spezialisten, wird noch einmal eine Gewinnsteigerung von 15 – 20 Prozent vorausgesagt!

Wie eingangs erwähnt, die Opel-Bilanz für 1983 liegt noch nicht vor, aber sicher ist: die Adam Opel AG hat 1983 Rekordgewinne eingestrichen und erwartet 1984 das gleiche.

Die 35-Stunden-Woche ist also, ganz im Gegensatz zu den verlogenen Behauptungen der Unternehmer leicht finanzierbar.

Mörfelden gestern

Möbelspedition per 1 PS in den 20er Jahren. Der gesamte Hausrat einer Arbeiterfamilie paßte auf ein solches Gefährt. Unser Bild zeigt Peter Gernandt aus Mörfelden, genannte „Milchpeter" bei einem Transport. Es war sicher an einem schwülen Sommertag, kurz vor einem Gewitter, an dem die Mücken Mensch und Tier plagten, sonst hätte das Pferd nicht den schönen Kopf- und Brustschutz getragen der die Plagegeister, hauptsächlich von den Ohren und Augen, fernhalten sollte.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudolf Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3; Druck: Eigendruck